

Klaus Schlichte

3 x Ukraine: Zur Politischen Soziologie eines Angriffskriegs¹

»Der Zar ist für die Bauern unter keinen Umständen an ihrem Elend schuld.«²

In Europa hat sich seit dem russischen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine im November 2021 der außenpolitische Tonfall verschärft. Seit dem Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 kann oder will sich auch die beobachtende Wissenschaft dem Druck zur moralischen Haltung offenbar nicht entziehen. Im Unterschied zu über 20 anderen Kriegen, die zeitgleich auf der Welt stattfinden, veranlasste der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine so auch eine Vielzahl von Sozialwissenschaftler*innen, moralisch und politisch Stellung zu beziehen. Aber das politisch-moralische Urteil kann kein Ersatz für die sozialwissenschaftliche Beschreibung und Analyse dessen sein, »was der Fall ist«. Erst dann kann man sagen, »was dahinter steckt«.³ Der Beitrag will deshalb über eine Beschreibung zunächst Pfade für die analytische Forschung zu diesem Krieg ausweisen. Dazu wird auf einen Ansatz zurückgegriffen, der von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) an der Universität Hamburg entwickelt wurde und in dem die qualitativ vergleichende Forschung zum globalen Kriegsgeschehen nach 1945 mit der Entwicklung eines weltgesellschaftlich orientierten Theorieprogramms verbunden wird.⁴

Der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine wird in der politikwissenschaftlichen Subdisziplin Internationale Beziehungen fast ausschließlich in dem in Deutschland dominanten liberalen oder dem in den USA und Russland dominanten realistischen Paradigma erklärt. Die diskursive Verschiebung hin zur Betonung des machtpolitischen Realismus wird dabei nicht nur im politischen Feld verlangt, sondern auch in der Politikwissenschaft empfohlen.⁵ Doch der machtpolitische Realismus ist, wie hier gezeigt werden soll, keine leistungsfähige Theorie, um Kriege als soziale und politische

1 Für Kommentare zu diesem Text danke ich Stephan Hensell, Daria Isachenko, Alex Veit und Julian Friesinger.

2 Weber 1988 [1906], S. 37.

3 Luhmann 1993.

4 Vgl. unter anderem Siegelberg 1994; Jung et al. 2003; Bakonyi, Hensell 2007; Hensell, Schlichte 2021.

5 Vgl. Czada 2022.

Phänomene zu verstehen und zu erklären. An ähnliche Grenzen bei der Erklärung des Krieges stößt allerdings auch das liberale Paradigma der Theorien internationaler Politik. In seiner einseitigen Fixierung auf eine funktionalistisch verstandene »global governance«⁶ hat es die wesentlichen Konfliktkonstellationen, die sich im internationalen System unter westlicher Hegemonie – dem »unilateral moment« – herausgebildet haben, ignoriert und durch einen liberalen Fortschrittsglauben überdeckt. Es erklärt Krieg durch die Pathologisierung von »Autokratien«, die zu einer bellizistischen Außenpolitik neigen würden.

Diesen dominanten Paradigmen wird hier eine dritte Perspektive zur Erklärung des Angriffskriegs entgegengestellt, die sich aus der kritischen Theorie internationaler Politik mit ihrem Reservoir historisch-soziologischer Begriffe und Theoreme speist.⁷ Damit soll zugleich zu einer Rückkehr zur quellenbasierten Forschung angeregt werden, in der die Rekonstruktion des »subjektiv gemeinten Sinns«⁸ ein zentrales Element der Erklärung sozialen Handelns, im Krieg und im Frieden, ist. Sozialwissenschaftliche Forschung kann politisches Handeln sonst nicht sachgerecht informieren. Eine soziologisch angemessene Analyse des ursächlichen Prozesses des Angriffskriegs wird ohne eine umfängliche Berücksichtigung auch der Quellen und Literatur in russischer und ukrainischer Sprache nicht möglich sein. Alle Arbeiten, die sich nur auf deutsch- und englischsprachiges Material beziehen, bleiben im Vagen, Vorläufigen. Das gilt ebenso für diesen Beitrag.

Mit dem Versuch, den Angriffskrieg Russlands nicht aus gesetzmäßigen Aussagen (»law-like propositions«), einer formalen Variablenlogik oder aus kausalen Mechanismen zu erklären, greift der Beitrag eine neuere Debatte in der Soziologie auf, die die Politikwissenschaft erst in Anfängen erreicht hat. Dies betrifft nicht nur die Geschichtlichkeit von internationaler Politik überhaupt,⁹ sondern auch die Logik der Erklärung. Erklärungen bedürfen nicht notwendig der Subsumtion unter Gesetze, wie es das herkömmliche »covering law«-Modell vorsieht.¹⁰ Auch Andrew Abbot¹¹ reflektiert in Anlehnung an Max Weber neu über soziale Prozesse und fordert dazu auf, nicht mehr in statischen Ergebnissen zu denken und die fortlaufende Wirkung des Ver-

⁶ Zürn 2018.

⁷ Vgl. Hoppe 2021.

⁸ Weber 1985, S. 1.

⁹ Schlichte, Stetter 2022.

¹⁰ Hoebel, Knoabl 2019, S. 185.

¹¹ Abbot 2019, S. 63, 100.

gangenen in aufeinanderfolgenden Gegenwarten zum Ausgangspunkt unserer Vorstellung des Gesellschaftlichen zu machen.¹²

Das Vorgehen in diesem Beitrag ist am methodologischen Vorschlag Hillel David Soifers orientiert, »critical junctures« zu bestimmen.¹³ Demnach lassen sich große einzelne Ereignisse für die vergleichende Forschungsdisussion durch die Unterscheidung zwischen ermöglichen und produktiven Bedingungen solcher Ereignisse erschließen. Im hier modifizierten Verständnis dieser Unterscheidung wird versucht, strukturelle Bedingungen wie etwa Infrastrukturen und Mentalitäten von dynamisierenden Momenten zu trennen. Demnach können vier ursächliche Bedingungskomplexe unterschieden werden. Neben der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen als allgemeinem Strukturmerkmal der internationalen Politik und des postsowjetischen Raums sind dies der postimperiale Habitus als Handlungsdispositiv der russischen Regierung, die asymmetrische Figuration der innen- und außenpolitischen Beziehungen der Kriegsparteien und schließlich die strukturierte Zeit des Konflikthandelns selbst. Die ersten beiden sollen als ermöglichende Bedingungsgefüge und die letzten beiden als das Ereignis des Angriffskriegs erst produzierende Bedingungskomplexe verstanden werden.

1. Jenseits von Realismus und Liberalismus – Zu einer politischen Soziologie des Krieges

Wie Roland Czada in seinem Beitrag in dieser Zeitschrift hervorgehoben hat, hat der russische Angriffskrieg die Bewertung der Theorien internationaler Politik in Deutschland verschoben.¹⁴ Czada plädiert selbst für eine solche Verschiebung: Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts¹⁵ hätten in der Bundesrepublik liberale Theorien der internationalen Politik dominiert, doch nun gebe es eine Notwendigkeit, die Relevanz des machtpolitischen Realismus wieder zu betonen. Der Krieg in der Ukraine markiere damit auch in der Theorie eine »Zeitenwende«.

Tatsächlich sind beide, der machtpolitische Realismus wie das liberale Paradigma, nicht geeignet, die Ursachen dieses Krieges zu erfassen. Beide Theorien verleiten zu deduktiven Erklärungsmustern: Für den Realismus hängt die Frage von Krieg oder Frieden von der Machtverteilung im Sta-

12 Auch Nullmeier (2021, Kapitel 6) schlägt mit dem Verweis auf »kausale Mechanismen« eine Alternative zur einschlägigen Methodologie vor, zielt aber immer noch auf die Generierung von allgemeinen kausalen Aussagen.

13 Soifer 2012. Für den Hinweis auf Soifer und eine ausführliche Diskussion darüber danke ich Ahmed Elsayed.

14 Siehe Czada 2022.

15 Fachwissenschaftlich ist es sinnvoll, den »Kalten Krieg« (1946–1953) vom Ost-West-Konflikt zu unterscheiden, in dem der »Kalte Krieg« nur eine Phase war; vgl. Loth 1980.

tensystem ab. Für die liberale Theorie ist die Frage von Krieg oder Frieden eine des Fortschritts: Dass Nicht-Demokratien kriegsgeneigt sind, gilt als gesetzt und wird durch einen Mangel an Modernität erklärt. Beide Positionen entheben sich der Arbeit, »Putin zu verstehen«, also den Prozess, das Handeln der Akteure unter Einschluss ihrer Motive aus dem empirischen Material zu rekonstruieren, wie dies eigentlich sozialwissenschaftliches Erfordernis wäre. Die Argumente beider Positionen werden im Folgenden kurz vorgestellt, um dann zu zeigen, warum eine historisch-soziologische Perspektive, orientiert an kritischen Theorien der internationalen Politik, eine überzeugendere Erklärung und Interpretation des russischen Angriffs-kriegs erbringen könnte.

»Don't corner a rat«¹⁶ – die große Stunde der Realisten?

Der Angriffskrieg Russlands hat nicht nur im politischen Feld unmittelbare Wirkungen gezeigt, sondern ebenso im wissenschaftlichen. Es ist insbesondere die Renaissance des machtpolitischen Realismus, der im Diskurs, zentriert um die Beiträge von John Mearsheimer,¹⁷ starke Beachtung erfuhr.¹⁸ Dies ist umso erstaunlicher, als besonders in den Internationalen Beziehungen und in der Politikwissenschaft in Deutschland überhaupt ein stark liberal geprägtes Politikverständnis dominiert, für das politische Gewalt als Residualkategorie aus der theoretischen Reflektion eskamotiert war. Politik wurde und wird in der westdeutschen Politikwissenschaft vor allem als »Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen«, in der Regel durch legal-rationale Verfahren, verstanden. Politische Gewalt tauchte allenfalls als »security governance« verbrämt auf.¹⁹ Der Angriffskrieg Russlands wirkte vor diesem Hintergrund wie ein Schock, verstärkt durch schon verbreitete Zweifel an den liberalen Fortschrittserzählungen.²⁰ Die Kritik an der Entkopplung deutscher Theoriebildung von historischen Realitäten und den Realitäten außerhalb der idealisierten Europäischen Union ist deshalb berechtigt. Aber es ist fraglich, ob die Krise liberaler Theorien durch einen Rekurs auf den Realismus behoben werden kann.

16 Vgl. das Interview mit dem ehemaligen MI6-Chief und jetzigen BP-Berater Sir Robert John Sawers, in dem er die Geschichte kolportiert, die Vladimir Putin ihm über seine Kindheit in den Hinterhöfen des kriegszerstörten Leningrad erzählt haben soll; www.youtube.com/watch?v=Yw5lzKVn3sc&t=1234s (18:56) (Zugriff vom 24.05.2022).

17 Mearsheimer 2015; Mearsheimer 2022.

18 Zu den Argumenten des machtpolitischen Realismus im Einzelnen siehe Czada 2022.

19 Risse, Stollenwerk 2018.

20 Vgl. Reckwitz 2019.

Die »Verunsicherung der Welt«,²¹ die sich im Brexit, im Vordringen des Populismus, in der Wahl Trumps und der Aufkündigung zahlreicher internationaler Rüstungsbegrenzungsabkommen zeigt, erklärt der Realismus mit der Erosion der hegemonialen Position der USA. Auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sei eine Folge des schlechten »Balancing« im Verlauf dieses hegemonialen Wandels. Der Machtverlust der USA, vor allem in Bezug auf China, hätte eine andere, weniger konfrontative Haltung gegenüber Russland erfordert.²²

Der Krieg als solcher ist aus Sicht des Realismus nicht erklärbungsbedürftig, weil Kriege in Phasen des hegemonialen Übergangs immer wahrscheinlich seien. Nur eine kluge Gleichgewichtspolitik kann dem Realismus zufolge den Krieg vermeiden. Dies nicht beachtet zu haben sei der Fehler der US-amerikanischen Außenpolitik gewesen, der laut Mearsheimer²³ schon 2014 zum Krieg geführt habe. Anstatt die realen Machtverhältnisse und -dynamiken zu beachten, hätte sich die Außenpolitik unter den Administrationen von Bush junior und senior, Clinton und Obama einer idealistischen Ideologie bedient, die sich von der – auch gewaltsamen – Durchsetzung der Demokratie eine Befriedung der Welt versprach. Autoritäre Regime würden von dieser aggressiven Moral aber in die Enge getrieben, ein rationaler diplomatischer Ausgleich von Interessen würde dann schwierig oder unmöglich.

Demgegenüber wüssten »men of the 19th century«, zu denen John Mearsheimer²⁴ Wladimir Putin ebenso wie sich selbst zählt, dass die Außenpolitik eines Staates an dessen Machtposition im internationalen System ausgerichtet sein müsse. »Wertebasierte« Außenpolitik führe hingegen zu Fehlern. Und so habe die Demokratisierungs- und Menschenrechtspolitik der US-Präsidenten während des »unipolar moment« zu einer Entfremdung Russlands geführt, obwohl man das Land aus Sicht der USA eigentlich als Bündnispartner in der Abwehr der aufstrebenden potenziellen Weltmacht China gebraucht hätte.

Die im Namen des Realismus vorgebrachten Interpretationen haben insfern ihre Berechtigung, als es hegemoniale und (post)imperiale Projekte in der internationalen Politik immer gegeben hat und weiterhin gibt. Das wird nur von Liberalen bestritten. Aber diese Einsicht wiegt die vielfach thematisierten Schwachpunkte des Realismus nicht auf, die seinen »Realismus«, wie auch Ludwig in seinem Beitrag in diesem Heft zu Recht bemerkt, stark infrage stellen: Dazu gehören die Überbetonung militärischer Kapazitäten

21 Karadag, Schlichte 2016.

22 Mearsheimer 2015.

23 Ebd.; Mearsheimer 2022.

24 Mearsheimer 2015.

und Handlungslogiken sowie die Reduktion internationaler Politik auf das Handeln von zu rationalen, unitären Akteuren hypostasierten Staaten.²⁵

Sein größtes Problem ist indes, dass die vermeintliche Klarheit empirisch gar nicht besteht: Wie misst man die Macht eines Staates? Die kurze Erfahrung des Krieges in der Ukraine wie auch die 20-jährige Intervention in Afghanistan haben erneut gezeigt, dass die Zahlenwelt militärischer Apparate wenig über politische Wirkmächtigkeit aussagt. Und schließlich, das ist die älteste Kritik am Realismus, beruht seine Plausibilität auf einer »self-fulfilling prophecy«: Nur weil er an Diplomatie- und Militärschulen unterrichtet wird und die nationalen Geschichtsbücher dominiert, wird er diskursive Wirklichkeit.²⁶ Auch am gegenwärtigen Krieg in der Ukraine kann man diesen Effekt erkennen: Es ist Russlands militaristische Außenpolitik, die dem »machtpolitischen Realismus« auch bei denjenigen im politischen und wissenschaftlichen Feld Geltung verleiht, die ihm bisher zurückhaltend gegenüberstanden. Die russische Regierung behauptet jedoch ebenso, nur auf eine machtpolitische Expansion der USA in Gestalt der NATO-Osterweiterung zu reagieren. Am Ende erzeugt der Realismus sein empirisches Korrelat selbst.

Empirisch gültiger wird er dadurch nicht: Der Großteil der Beziehungen zwischen den gegenwärtigen und historischen Staaten hat kein »Sicherheitsdilemma« hervorgebracht, das von den Realisten als Naturgesetz hingestellt wird. Solche Naturgesetze gibt es nicht. Rüstungswettläufe, wie sie im Kontext des Ukraine-Konflikts in den letzten acht Jahren stattfanden und bald auch weitere Regionen erfassen könnten, sind keine transhistorische Universalie, sondern entstehen in bestimmten politischen Figurationen. Ohne Bezug auf gesellschaftliche Verhältnisse auch jenseits der Logik staatlicher Zugehörigkeit sind die Eskalationsprozesse nicht erklärbar.

Entwicklungsunterschiede – die liberale Erklärung

Aus Sicht der liberalen Theorie internationaler Politik steht Russland für einen besonders krassen Fall der »Autokratie«, der neuen summarischen Formel für alle nichtliberalen politischen Systeme, zu denen etwa der Sudan, Uganda oder auch die Volksrepublik China gezählt werden. Den autoritären Regimen stünden friedengeneigte Demokratien gegenüber, Wahldemokratien mit rechtsstaatlichen Strukturen, einer funktionierenden »Zivilgesell-

25 Vgl. Hameiri et al. 2019. Auch Czada räumt ein, dass der klassische Realismus als Theorie um innenpolitische Dynamiken zu erweitern sei. Dies war immer der zentrale liberale Kritikpunkt am Realismus, den auch Ladwig wiederholt, ohne indes zu zeigen, was dies im Fall des Krieges in der Ukraine bedeuten würde, jenseits der Kennzeichnung Putins als »Gewaltmensch«.

26 Vgl. Jervis 2001.

schaft«, freier Presse und garantierten bürgerlichen Freiheiten. In dieser »entwickelten Welt« ist mindestens der »große Krieg« obsolet geworden.²⁷

Durch die Invasion in die Ukraine wurde Russland unter Putin zum Feindbild des sich selbst als liberal verstehenden »Westens«, der Krieg zum Entscheidungsfall des Konflikts zwischen zwei in einem neuen Gegensatz gegenübergestellten Ordnungsmodellen: »Die Ukraine hält die Front, die Europa von der Barbarei trennt.«²⁸ Diese Sichtweise baut auf Vorstellungen auf, die Russland nicht nur aus der Geschichte der Moderne herausnehmen, so wie dies Baberowski²⁹ für die stalinistische Gewaltperiode tat, sondern auch aus dem sich selbst als fortschrittlich verstehenden Europa ausschließen. Entsprechend wird aus liberaler Sicht entweder die Person Putin, das autoritäre Regime oder die russische Gesellschaft insgesamt pathologisiert beziehungsweise als das vormoderne, traditionale Andere charakterisiert.³⁰

Der Krieg stellt demnach nicht nur eine Verletzung des Völkerrechts dar, sondern ist Ausdruck der Dynamiken in einer kleinen Herrscherclique, die von überkommenen imperialen Gelüsten, einem nationalen Chauvinismus, einer phantastischen Geschichtsinterpretation und unter Umständen sogar von einem psychisch Kranken oder zumindest einer irrational agierenden Staatsspitze geleitet wird, die ihrerseits von einer fehlinformierten und national-chauvinistischen Bevölkerungsmehrheit getragen wird.³¹ Die Ursache des Krieges liegt aus liberaler Sicht im aggressiven Charakter der russischen Regierung, deren Genese indes unerklärt bleibt.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine wirkt tatsächlich aus der Zeit gefallen. Nicht so sehr, weil er in Europa stattfindet – noch die 1990er Jahre haben eine ganze Reihe von Kriegen in Europa gezeitigt –, sondern weil der Typus des direkten Angriffskriegs auf ein Nachbarland mit dem Ziel der vollständigen Unterwerfung oder teilweisen Annexion innerhalb des globalen Kriegsgeschehens nach 1945 kaum mehr vorkommt.³² Die globale Geltung

27 Mueller 1996, Kapitel 10.

28 Busse 2022.

29 Baberowski 2012, S. 26.

30 Russland sei eine »lupenreine Diktatur [...], deren Alleinherrscher sich mit Jasagern umgibt [...],« so auch Ladwig (2022, S. 386) ohne Quellenangaben und im Ton eines Leitartiklers. Auch der liberale Topos der Rückständigkeit des Anderen im Sinne ausgebliebener kollektiver Lernprozesse findet sich als zentrales Argument in Ladwigs Text (ebd., S. 390).

31 Diese Charakterisierung umschreibt die Schnittmenge der eher national-liberalen Position, wie sie in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und *Welt* vertreten wird, mit dem eher links-liberalen Internationalismus der *Blätter für deutsche und internationale Politik*.

32 Erinnert sei an die laufende völkerrechtswidrige Annexion der West-Sahara durch Marokko und die gescheiterten Annexionsversuche des Irak (Kuwait) und Äthiopiens (Eritrea) sowie an die Annexion der Krim durch Russland 2014. Zahllos sind die gewalttamen Grenzverschiebungen in der Zeit vor 1945, besonders durch den europäischen Imperialismus und innerhalb Europas.

der Normen von Territorialität und Souveränität spielen dabei sicher keine geringe Rolle, zumal mit dem Briand-Kellog-Pakt (1928) und später mit der Charta der Vereinten Nationen (1945) der Angriffskrieg geächtet wurde.

Tatsächlich bedeuteten beide völkerrechtlichen Errungenschaften nicht das Ende zwischenstaatlicher Kriege. Das Kriegsgeschehen hat nur mehrfach die Form gewechselt, mit der multilateralen Intervention als zuletzt dominanter Erscheinungsform. Die USA, die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich sowie die Sowjetunion beziehungsweise die Russische Föderation gehören zu den am häufigsten kriegsbeteiligten Staaten für den Zeitraum nach 1945.³³ Viele dieser Kriegsbeteiligungen waren oder sind nicht völkerrechtskonform, wie auch die gegenwärtigen Kriegshandlungen westlicher Staaten im Jemen, in Pakistan oder Libyen zeigen.³⁴ Seit 1999 kann deshalb von einer Erosion der völkerrechtlichen Ordnung durch Kriegsentscheidungen vor allem der USA und Russlands gesprochen werden.³⁵

Das liberale Paradigma ist im Unterschied zum realistischen Verständnis mit einer moralischen Agenda verbunden, die im gegenwärtigen Krieg – im Unterschied zu allen anderen auf der Welt stattfindenden – zu besonders starken emotionalen Äußerungen geführt hat. Teils kann diese besondere Empörung sicher durch die Verunsicherung über die bis vor kurzem für sicher gehaltene Demokratisierung und friedensfördernde Institutionalisierung der internationalen Politik erklärt werden. Diese Verunsicherung verweist auf grundlegende Probleme des liberalen Paradigmas: seine Idealisierung der Moderne, die Eskamotierung aller unliebsamen Elemente aus der eigenen Geschichte, die dem Selbstbild der friedensbringenden, demokratischen und freiheitlichen Moderne entgegenstehen. Der Hauptfehler dieser Position ist, dass sie nur die positiven Elemente der geschichtlichen Entwicklung zur »Moderne« zählt, während alle negativen Entwicklungen aus ihr herausinterpretiert werden.

Teil dieser Selbstmythologisierung ist zudem, ähnlich wie im Realismus, eine enthistorisierende Sicht, die allein Nationalstaatlichkeit als politische Form kennt. Dabei ist die Welt der Staaten eigentlich sehr jung: Bis in die 1960er Jahre dominierten imperiale Formen die internationale Politik.³⁶ Die Rhetorik von »Geopolitik« und »Großmächten« ebenso wie die Entgegensetzung von Demokratien und Autokratien vergisst diese gemeinsame Vergangenheit, die die starken Asymmetrien noch unserer Gegenwart prägen.

33 Vgl. Jung et al. 2003.

34 Vgl. etwa die Daten des »Cost of War«-Projekts der Brown University: <https://watson.brown.edu/costsofwar/figures> (Zugriff vom 24.05.2022).

35 Vgl. Kleinschmidt 2013, S. 478 ff.

36 Vgl. Schlichte, Stetter 2022.

Denn in Wahrheit sind alle Teil derselben postimperialen Welt – »wir sind alle in der postkolonialen Situation«.³⁷

2. »Der Staat ist eine Kriegsmaschine«³⁸ – Zu einer politischen Soziologie des zwischenstaatlichen Krieges

Im Folgenden soll ein alternatives Erklärungsangebot für den zwischenstaatlichen Krieg umrissen werden, und dies aus einer kritischen, historisch-soziologischen Perspektive auf die internationale Politik. Ihr Hauptmerkmal ist, dass sie, anstatt die »Pathologien« aus der Moderne zu eskamotieren, diese kritisch auf das Selbstverständnis der Moderne wendet. Diese Haltung teilen alle Ansätze des kritischen Paradigmas in den Internationalen Beziehungen und der kritischen Sozialtheorie. Das gilt für die marxistische Tradition mit ihren unterschiedlichen Varianten, etwa die kritische Internationale Politische Ökonomie oder die frühe Frankfurter Schule, und ebenso für die postkoloniale Theorie, die kritische Sicherheitsforschung oder den kritischen Feminismus.³⁹

Aus dieser Sicht ist zunächst jeder Staat ein Kriegsdispositiv. Die ungeheure Gewalt, die heutige zwischenstaatliche Kriege auszeichnet, ist ein historisches Produkt der industriellen Kriegsführung, deren Zerstörungskraft untrennbar mit der Ausbreitung maschineller Waffentechnik, der Effizienz bürokratischer Organisation und der Unterwerfung des Einzelnen in hierarchischen Massenorganisationen verbunden ist. Auch der Angriffskrieg Russlands erklärt sich zunächst aus dieser Möglichkeit kriegerischer Gewalt, über die moderne Staaten verfügen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich dieser Krieg nicht von den zahllosen anderen staatlichen Kriegshandlungen, deren völkerrechtliche Legitimität häufig umstritten ist.

Der Ausdruck der »Kriegsmaschine« ist vor dem Hintergrund der gewaltgeladenen Geschichte der Sowjetunion und Russlands besonders treffend. Der militärische Überhang in Symbolik, Alltagskultur⁴⁰ und politischem Denken hat seinen realen Ursprung in der überdurchschnittlich harten Repression im zaristischen Russland, in den Bürgerkriegsjahren der Revolutionsperiode, in der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, die über 27 Millionen Menschenleben kostete, und danach in Jahrzehnten politischen Zwangs und der Repression. Aus dieser Gewaltgeschichte resultieren mächtvolle Zuschreibungen von Ehre, Schuld und Schande.

37 Balandier 2007, S. 24.

38 Kommentar eines russischen Kollegen zum Angriff Russlands auf die Ukraine, Email an den Autor vom 25. Februar 2022.

39 Vgl. Weber 2013.

40 Vgl. Gaufman 2017.

Vor diesem allgemeinen Hintergrund lassen sich aus der Perspektive der historischen Soziologie internationaler Beziehungen vier Bedingungskomplexe umreißen, die zur Erklärung des Angriffskriegs von besonderer Bedeutung sind. Dabei sind zwei ermögliche Bedingungskomplexe von zwei produktiven zu unterscheiden.

Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen

Der erste ermögliche Bedingungskomplex in dem Prozess, der zum Angriffskrieg Russlands geführt hat, ist die »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« als ein übergreifendes Strukturmerkmal der Weltgesellschaft. Eine Formulierung Ernst Blochs, auf den der Ausdruck zurückgeht, macht besonders anschaulich, was gemeint ist: »Nicht alle sind im selben Jetzt da.«⁴¹

Überall auf der Welt prägen soziale Unterschiede und dynamische soziale Widersprüche den sozialen Raum, aber sie sind nicht alle Ungleichzeitigkeiten, und aus ihnen resultieren auch nicht notwendig Konflikte. Konfliktiv sind im postsowjetischen Raum jedoch die ungleichzeitigen, aber gleichzeitig vorhandenen Vorstellungen von republikanischen Nationalstaaten, einer Union der Republiken und alten Reichsideen und ebenso die Tatsache, dass der Anspruch säkularer Staatlichkeit mit Vorstellungen neo-traditionaler religiös-konfessioneller Ursprünge von Nationen oder das Argument der Gleichheit von souveränen Staaten zugleich mit der Idee besonderer Rechte von Großmächten koexistieren.⁴²

Diese politischen Gegensätze sind aber nicht die einzigen Ungleichzeitigkeiten. Auch im Innern sind beide Kriegsparteien von ähnlichen Strukturen geprägt, die zumeist als »Russland-« versus »West-Orientierung« charakterisiert werden. In Russland wie in der Ukraine gibt es die Gleichzeitigkeit gegensätzlicher Lebenswelten – ländliche Subsistenz und städtische Hochtechnologie, primitiver Soldatendrill und elaborierte Waffentechnik, bürokratische Form und patrimoniale Praxis, Demokratiebestrebungen und nationalistisch geprägte Staatsräson, legal-rationale Staatlichkeit und klientelistische Organisation.⁴³ Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen existiert folglich nicht nur in Denkformen, sondern ebenso in Infrastrukturen, in Symbolsprachen, in objektivierten Selbstrepräsentationen, in Organisationsformen und -praktiken. Doch nicht alle Unterschiedlichkeiten in den Gesellschaften Russlands und der Ukraine lassen sich als Ungleichzeitigkeiten charakterisieren. Gerade die massive soziale Ungleichheit, die in den drei

41 Bloch 1985 [1932], S. 104.

42 Kappeler 2021, S. 74.

43 Vgl. Hensell 2009.

Jahrzehnten des Postsozialismus entstand, ist in einem zweiten ermöglichen-den Bedingungskomplex wirksam.

Der postimperiale Habitus im Postsozialismus

In Russland ist der kriegsbereite, postimperiale Habitus Teil der Staatsräson, der staatlichen Handlungslogik. Russland ist kein Imperium, und auch die Sowjetunion hat sich nicht so verstanden. Die Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata, die Bourdieu zufolge einen Habitus ausmachen, sind aber historisch strukturiert. Der postimperiale Habitus ist keine reine imperiale Ambition, sondern er legitimiert sich innenpolitisch durch die kriegerischen Eroberungsversuche von außen, auf die die nach-zaristischen Regierungen mit einer massiven Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft reagierten, und durch die sich im 20. Jahrhundert mehrfach verschie-benden Grenzregime. Von der zaristischen Herrschaft bis in die Spätphase der Sowjetunion zieht sich die Spur imperialer Praxis der Gebietseinnahme, der Gewaltdelegation an Siedler oder des Rückzugs in die Gebiete, die aus imperialer Handlungslogik Grenzonen ohne feste Grenzlinien sind.⁴⁴

Sedimentiert ist dieses Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster internatio-naler Politik auch in der Interaktion mit anderen Imperien und Staaten in der an Kriegen nicht eben armen Geschichte der Sowjetunion. Auch diese hat an eine imperiale Logik mit Blick auf den »Ostblock« angeknüpft.⁴⁵ Der Rückgriff auf militärische Handlungsoptionen und innenpolitische Repres-sion wird legitimiert durch Narrative der Bedrohung, die in Russland wegen einer massiven Gewaltgeschichte besonders leicht plausibilisierbar sind.⁴⁶

Der postimperiale Habitus ist keine Eigentümlichkeit Russlands. Er exis-tiert zum Beispiel auch in der Außenpolitik Frankreichs gegenüber sei-nen ehemaligen Kolonien. Militärische Interventionen und politische Einmi-schung im »pré carré«, auf der »Spielwiese«, dienen der Kompensation

44 Andere klassische Elemente imperialer Praxis wie die kontinuierliche territoriale Expansion, die Ungleichbehandlung von Bürger*innen sowie Unterworfenen und ein auf ein Zentrum ausgerichtetes Handelssystem (vgl. Osterhammel 2006) fehlen hingegen im Fall Russlands.

45 Vgl. Plaggenborg 2006.

46 Es wäre eine weitere Forschungsaufgabe, den langen »Schatten der Gewalt« (vgl. Schlichte 2009) des Zweiten Weltkriegs für den außenpolitischen Habitus des postsowjetischen Russ-lands in den Blick zu nehmen. Putins Eltern etwa überlebten in Leningrad die dreijährige Belagerung durch die Wehrmacht, während der etwa die Hälfte der zwei Millionen Einwohner an Hunger und Krankheit starben. In den politischen Trägerschichten sowohl Russlands wie der Ukraine werden sich wenige Ausnahmen von der Regel finden, dass es in den früheren Generationen jeder Familie Opfer politischer Gewalt, ob Krieg oder Repression, gab. Zur Ver-anschaulichung der sozialen und politischen Bedeutung dieser Gewalterfahrungen sei das Werk von Swetlana Alexijewitsch (2015) empfohlen, zur Legitimierung von Gewalt in der Gegenwart durch Gewalterzählungen zum Zweiten Weltkrieg siehe Schlichte 2014.

verlorener imperialer Größe.⁴⁷ Imperiale Handlungsmuster finden sich auch in der Außenpolitik der USA⁴⁸, die für ihre Nachbarschaft ebenfalls »privilegierte Interessen« betonen.⁴⁹ Allen früheren Imperien scheint eigen zu sein, dass die imperialen Handlungsmuster noch weit in ihre Zeit als Nationalstaaten hineinragen.⁵⁰

Der postimperiale Habitus der regierenden Klasse Russlands, die zu 60 Prozent aus Mitgliedern oder Nachkommen der früheren Nomenklatura bestehen soll,⁵¹ aber mutmaßlich weit über diesen Kreis hinausgeht, hat jedoch einen besonderen Resonanzraum. Denn das Ende der Sowjetunion ging für Millionen von Menschen mit sozialer Deklassierung, Entwurzelung und Vereindlung einher. Die postsozialistischen Gesellschaften, die aus der Sowjetzeit hervorgingen, durchlebten in den 1990er Jahren Prozesse tiefgreifenden ökonomischen Wandels, rasch zunehmender sozialer Ungleichheit, tiefer politischer Krisen und eine Erosion des staatlichen Gewaltmonopols, weil die Schock-Therapie der frühen 1990er Jahre eine gewaltsame Akkumulation ermöglichte.⁵² Für einen Großteil der nun im Ausland lebenden 25 Millionen Russ*innen verschloss in vielen Nachfolgestaaten eine nationalisierende Sprachpolitik zudem übliche Karrierewege, sodass die russische Regierung ihr Land als vergleichsweise sicheren Hafen propagandistisch nutzen konnte.⁵³ Die sozialen Verwerfungen in den postsozialistischen Gesellschaften, die Massenarmut und die massive soziale Ungleichheit haben keine bürgerlichen Machtgruppen hervorgebracht, die die autoritäre Regierungstradition und den postimperialen Habitus durch demokratische Reformen hätte transformieren können.⁵⁴ Stattdessen ist die politische Kultur im Schatten der Gewalt von populistischen und nationalistischen Diskursen oder politischer Apathie geprägt. Dagegen wird im postsowjetischen Raum die Zeit der Sowjetunion vielfach als konfliktfrei erinnert, als Raum imperialen Zusammenlebens und sozialer Sicherheit.

Mit den beiden eher strukturierenden Bedingungskomplexen, der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen und dem postimperialen Habitus, können die historisch entstandenen Grunddispositionen politischen Handelns – zunächst hypothetisch – umrissen werden. Im Folgenden werden zwei wei-

⁴⁷ Vgl. Wauthier 1995.

⁴⁸ Aron 1973.

⁴⁹ Trenin 2009.

⁵⁰ Vgl. Schlichte, Stetter 2022.

⁵¹ Snegovaya, Petrov 2022.

⁵² Volkov 2000; Volkov 2006.

⁵³ Chevsky, Kachuyevski 2018.

⁵⁴ Gudkov 2008.

tere, dynamisierende und zeitlich dichter getaktete Bedingungskomplexe rekonstruiert.

Eine asymmetrische Figuration

Mit dem Begriff der Figuration hat Norbert Elias auf andere Weise als Pierre Bourdieu versucht, den sozialtheoretischen Hiatus zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen Akteur und Struktur aufzuheben.⁵⁵ Anders als der soziale Habitus, der sich auf Inkorporationen bezieht, stellt der Begriff der Figuration auf Eigenschaften von Beziehungen ab: Kein Konflikt lässt sich aus der Betrachtung einer Partei allein erklären. Es sind die nie ausgeglichenen, immer fluktuierenden Machtbalancen zwischen Akteuren, die politische Figurationen ausmachen und in die das Konflikthandeln eingebettet ist.

Die Beschränkung der Diskussion des russischen Angriffskriegs auf die politischen Dynamiken in Russland, wie sie die liberale Interpretation vornimmt, verkennt, dass diese in eine internationale Figuration von Machtbeziehungen eingebunden sind, unter denen das Verhältnis zu den USA in der Wahrnehmung der russischen Staatsklasse sicher die wichtigste ist. Denn die Anerkennung als »Großmacht« durch die »verbliebene Weltmacht« USA wird von vielen als zentrales Motiv der russischen Außenpolitik betrachtet. Wegen dieser Figuration ist das Handeln – oder Nicht-Handeln – der US-amerikanischen Außenpolitik ebenfalls konstituierender Teil des Konflikts.⁵⁶ Zwei Elemente dieser Figuration sind besonders dynamisierend, nämlich zum einen die Identifizierungen im Konflikt und zum anderen die innenpolitischen Dynamiken und Interessenlagen in Russland, den USA und der Ukraine.

Langanhaltende Konflikte sind, wie die Soziologie des Konflikts seit Georg Simmel weiß, identitätskonstituierend. Jenseits der ökonomischen Flüsse und politischen Beziehungen hängen die Konfliktparteien in ihren Fremd- und Selbstbeschreibungen, in ihren Identifikationen voneinander ab. Wie in jedem anderen andauernden Konflikt bilden die Parteien deshalb ein Interdependenzgeflecht, in dem bei allen Trennungen der Konflikt zur identitätskonstituierenden Gemeinsamkeit wird.⁵⁷ Auch deshalb bietet sich der Begriff der Figuration an, um die Dynamiken von Machtasymmetrien im Konflikt zu erfassen.⁵⁸ Die Überwindung beziehungsweise Erhaltung von

⁵⁵ Vgl. Elias, Scotson 2000 [1965].

⁵⁶ Vgl. hierzu die Ausführungen des ehemaligen US-Botschafters in Russland und heutigen CIA-Chefs, William Burns, im Interview (Burns 2017 sowie Burns 2019, Kapitel 3 und 6) sowie Trenin 2009; Tsygankov 2016; Motyl 2022.

⁵⁷ Spidsboel Hansen 2016.

⁵⁸ Elias 1988.

faktischer oder empfundener Unterordnung zwischen zu unitären Kollektiven verdinglichten Großmächten, zwischen »Etablierten und Außenseitern«, ist das erste eigentliche *movens*, das erste dynamisierende Moment in der Figuration. Die Außenpolitik Russlands bezieht sich so auch vor allem auf den empfundenen Machtunterschied gegenüber den als Gegner wahrgenommenen USA.

Aber Figurationen internationaler Konflikte umfassen nicht nur außen-, sondern auch innenpolitische Relationen.⁵⁹ An das »nationale Interesse« lagern sich überall Partikularinteressen an, die die Konfliktkommunikation aufgreifen und für ihre Zwecke zu wenden versuchen. Innenpolitische Interessenlagen und Werthaltungen strukturieren so auch außenpolitische Konflikte. Das für eine Analyse der Genese des Ukrainekriegs neben den sicherheitspolitischen Diskursfeldern nächstwichtigste Feld, das den Konflikt dynamisiert, sind die Apparate und Industrien der »Sicherheit«. Von neuem relevant erscheint dabei der Begriff des militärisch-industriellen Komplexes (MIK), der seit der warnenden Abschiedsrede des US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower 1961 das konvergierende Interesse von Rüstungsindustrie und Militär bezeichnet.⁶⁰

Unter Militärhistorikern gilt der MIK in den USA und Russland als am deutlichsten ausgeprägt.⁶¹ Als dauerhafte, politisch wirkmächtige Interessenkoalition aus Militär und Unternehmen, die eine Irrationalität der Rüstungsanstrengungen eines Landes bewirkt, ist er auf drei Bedingungen angewiesen: auf eine nationalistisch geprägte Außenpolitik, eine starke Legitimität der institutionellen Interessen des Militärs im politischen Feld und schließlich auf eine industrielle Wirtschaft, die nicht bloß Gewinninteressen verfolgt, sondern auch strukturpolitische Gründe für ihre staatlichen Zuwendungen reklamieren kann. Die Entwicklung eines MIK ist umso wahrscheinlicher, je stärker die Personalidentität zwischen den Führungsgruppen in Militär und Unternehmen ausgeprägt ist und je geschlossener diese Eliten sind.

Sowohl für die USA wie für die Russische Föderation fehlen jüngere Arbeiten über die politische Repräsentation von Militär und Rüstungsindustrie und die Politik ihres organisierten Interesses. Eine Soziologie des russi-

⁵⁹ Elias' Figurationssoziologie hebt deshalb den machtpolitischen Realismus auf, der im Versuch, einen politiktheoretischen Eigenbereich der »internationalen Beziehungen« zu definieren, innenpolitische Zusammenhänge ausblenden muss. Zu Adaptionen der Figurationssoziologie in der Analyse internationaler Politik vgl. Devin 1995; mit Bezug auf postsowjetische Verhältnisse siehe Isachenko 2012; Isachenko 2019.

⁶⁰ Der Soziologe C. Wright Mills (1956, Kapitel 9) hat Ähnliches im Gefolge des Korea-Kriegs für die USA mit dem Begriff der »military ascendancy« formuliert und als charakteristischen Teil des Machtgefüges in den USA ausgewiesen.

⁶¹ Kolmer 2015, S. 9; siehe auch Braml 2017.

schen Militärs gibt es überhaupt nicht. Dass die institutionellen Interessen des Militärs und der Rüstungsindustrie eine kriegsdynamisierende Wirkung entfalten, ist deshalb zunächst eine Hypothese. Aber für beide Fälle gibt es hinreichende Anfangsevidenz, um sie für die Erklärung des Rüstungswettschafts seit den frühen 2000er Jahren zu prüfen. So gibt es in Russland 1.300 Rüstungsunternehmen mit insgesamt zwei Millionen Beschäftigten, die in einer rein in Staatsbesitz befindlichen Rüstungsindustrie arbeiten.⁶² Unter ihnen ist Rostec mit 500.000 Beschäftigten die größte militärisch-industrielle Holding, deren Direktor Sergej W. Tschemessow als enger Freund Putins seit gemeinsamen KGB-Zeiten gilt.⁶³

Der Umfang von Rüstungskapazitäten und militärischen Apparaten ist wenigstens zum Teil ein Überhang der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Bei den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs gibt es darüber hinaus eine besondere Legitimität militärischer Stärke. Die Rüstungsdynamik setzte sich indes nach einer Pause in den 1990er Jahren, immer mit Bezug auf die jeweilige Gegenseite, seit den frühen 2000er Jahren fort. So blieben nach jedem größeren internationalen Krieg, den die USA führten, die Ausgaben auf höherem Niveau als zuvor. Inzwischen ist das US-Department of Defence mit etwa 2,8 Millionen Beschäftigten der größte Arbeitgeber der Welt,⁶⁴ gefolgt von Walmart (2,2 Mio.) und der chinesischen Volksbefreiungsarmee (2,0 Mio.).⁶⁵

Während für Russland keine offiziellen Zahlen vorliegen, sind in den USA die Ausgaben für das Militär in etwa zwölfmal so hoch wie für Entwicklungshilfe und Diplomatie zusammengenommen. Das US-amerikanische Verteidigungsministerium hat etwa 100-mal so viele Mitarbeiter*innen wie das Außenministerium, unter Berücksichtigung der Reservisten und Nationalgarde ist das Verhältnis sogar 155 zu eins.⁶⁶ Im Jahr 2007 war allein die Zahl der Musiker*innen im US-Militär größer als die aller Diplomaten.⁶⁷ In Deutschland stehen dagegen den etwa 12.000 Beschäftigten des Auswärtigen Amtes 265.000 Bundeswehrangehörige gegenüber (Verhältnis 1:22).

Eine Soziologie der Figuration der Konfliktparteien müsste die Analyse solcher und weiterer Interessenlagen und Werthaltungen im innenpolitischen Feld umfassen, ebenso wie die Konkurrenzen zwischen Regierung und Opposition. Denn die klassischen Praktiken der Kollusion zwischen Militär und Rüstungsindustrie sind nur ein Teil des Beziehungsnetzes zwischen

62 Martynenko, Parkhitko 2018, S. 509.

63 Luzin 2019.

64 Department of Defence 2022.

65 Angaben nach Wikipedia.

66 Adams, Murray 2014, S. 6.

67 Raedle 2007.

zahlreichen Akteuren im Inland.⁶⁸ Allerdings verleiht die schiere Größe der Organisationen mit all ihren Repräsentationen dem militärischen »Sicherheits«-Denken ein großes diskursives Eigengewicht.

Sowohl in Russland als auch in den USA dürfte das im Inland hohe Ansehen des Militärs als Verkörperung nationaler Größe eine zusätzlich stabilisierende Funktion für rüstungslegitimierende Diskurse haben, wenn Budgetansprüche gegen andere Ressorts durchgesetzt werden müssen. Aktivierend und den Konflikt dynamisierend ist in den USA der Lobbyismus der großen Rüstungskonzerne, ergänzt um beträchtliche Wahlkampfspenden,⁶⁹ während in Russland nur eine marginale öffentliche Debatte über die Opportunitätskosten von Rüstungsanstrengungen zu beobachten ist.⁷⁰ Eine Analyse der machtpolitischen Figuration müsste deshalb auch die Beziehungen zu Bündnispartnern in den Blick nehmen, weil Rüstungsexportpolitik zugleich Außen- und Sicherheitspolitik ist.⁷¹

»Punctuated Time« und Konflikthandeln

Ein letzter Bedingungskomplex besteht in dem eigentlichen Konflikthandeln, aus dem, was nach populärer Auffassung der Konflikt »ist«. Zwar lässt sich dieses Handeln analytisch und als erzählende Beschreibung von den vorgenannten Bedingungskomplexen trennen. Aber der postimperiale Habitus und die habituell eingeprägten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster aus der Zeit des Ost-West-Konflikts grenzen die Handlungsoptionen ein. Auch hier ragen die historischen Strukturierungen in die Gegenwart.

Die Verfestigung des Konflikts gerade in seiner Phase vor Beginn des Angriffskriegs im Februar 2022 ist zugleich eine Phase der »punctuated time«,⁷² in der sich die Berichterstattung und Kommentierung einzelner

68 Die US-amerikanische Literatur zählt hierzu das »revolving door«-Phänomen, also Personalwanderungen vom Militär in die Rüstungsindustrie, die Praxis der »pork barrels«, also der Sicherung öffentlicher Aufträge für heimische Wahlkreise durch Abgeordnete oder den einfachen Lobbyismus (vgl. schon Adams 1969). Beide Praktiken sind überall dort weit verbreitet, wo es Rüstungsindustrie oder große Militärstandorte gibt. Seit Kehr (1930) ist der Mechanismus bekannt, wie innenpolitische Interessenpolitik Rüstungsdynamiken auslöst, die von außen als Bedrohung empfunden werden.

69 Hartung 2022.

70 Diese Einschätzung verdanke ich Daria Isachenko. Der Umfang der Diskussion über Opportunitätskosten von Rüstungsanstrengungen ist sicher vom Grad und von der Form des politischen Wettbewerbs bestimmt. Indirekte Einflussnahme gibt es offenbar überall, auch in Deutschland. So sind Rüstungsfirmen wie Lockheed-Martin oder DynCorp etwa Förderer des Netzwerks »Women in International Security« (WIIS); <https://wiisglobal.org/support-wiis/funders/> (Zugriff vom 25.05.2022). Zu den Förderern des German Marshall Fund gehören unter anderem Boeing und Airbus; www.gmfus.org/about/our-donors (Zugriff vom 25.05.2022).

71 Kollmer 2015, S. 5.

72 Sewell 2005.

Ereignisse, Äußerungen oder Handlungen immer mehr verdichtete. Vier Phasen dieser Konfliktgeschichte lassen sich hypothetisch unterscheiden.

1987–1999 – Entzauberung und Oligarchisierung: Die Vorgeschichte des Krieges begann mit der Konstituierung einer neuen politischen Generation in Russland in einer Zeit, die von anfänglichem Optimismus und dann von einer massiven Entzauberung der liberalen Versprechen geprägt war. Die 1990er Jahre, in denen unter starker Beteiligung westlichen Expertentums ein beispielloser Reformprozess stattfand, waren sowohl in Russland wie in der Ukraine von politischer Pluralisierung und größeren politischen Freiheiten gekennzeichnet. Mehrere Schritte der internationalen Verständigung und der Institutionalisierung von Sicherheitspolitik lassen sich in dieser Phase beobachten.

Aber für die Mehrheit war dies eine Zeit von wirtschaftlicher und sozialer Deklassierung. Die zunehmende Schwäche des politischen Zentrums, mehrere Gewaltkonflikte in den Peripherien der ehemaligen Sowjetunion und die drohende vollständige Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols prägten dieses Jahrzehnt, das mit einer gewaltgeladenen neuen Aneignung und Oligarchisierung endete.⁷³ Die Phase außenpolitischer Verständigung verblasste, weil sie aus russischer Sicht in der Jelzin-Ära mit politischer Handlungsunfähigkeit endete. Die Passivität Russlands im Vorfeld des Kosovo-Kriegs 1999 erschien quer über das politische Spektrum Russlands hinweg als sichtbarster Ausdruck des Bedeutungsverlusts.⁷⁴

2000–2008 – Annäherung und Entzweiung: Die Krise der 1990er Jahre verschaffte Wladimir Putin, gestützt auf sein Netzwerk,⁷⁵ die Chance, mit einer neuen politischen Zentralisierung und Ordnungsbildung charismatische Legitimität zu erlangen. Die Antiterrorpolitik nach den Anschlägen vom 11. September 2001 schien zunächst neue Kooperationsmöglichkeiten zu eröffnen. Die versuchte Annäherung an die USA scheiterte jedoch an den Vorstellungen der neokonservativ ausgerichteten Bush-Administration und ihrer militarisierten Außenpolitik sowie der durch Schutzbedürfnisse osteuropäischer Staaten ausgelösten NATO-Osterweiterung.

Die Demokratisierungsbewegungen wie die 2004 unvollendete Orange Revolution in der Ukraine und die Rosen-Revolution in Georgien wurden von der russischen Regierung als Fabrikationen westlicher Organisationen gelesen, deren Beteiligung zwar unbestritten ist.⁷⁶ Die russische Regierung verkannte aber die Frustrationen der ukrainischen Bevölkerung, die zum Arbeitskräfteervoir der EU mit oligarchischer Herrschaft zu werden

73 Vgl. Volkov 2000; Volkov 2006.

74 Tsygankov 2016, S. 111 ff.

75 Vgl. Zygar 2016.

76 Traynor 2004.

drohte.⁷⁷ Ein Markstein in dieser Phase ist 2007 die Rede Putins auf der Münchener Sicherheitskonferenz, deren warnende Schärfe zwar bemerkt wurde, aber ohne politische Konsequenzen blieb. Noch vor dem Regierungswechsel in Washington 2008 wurde auf dem Bukarest-Gipfel der NATO die Aufnahme Georgiens und der Ukraine zwar auf Druck der USA beschlossen, blieb aber faktisch auf unbestimmte Zeit verschoben.

In dieser Phase der Vorgeschichte des Krieges verbinden sich Dynamiken auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene miteinander: Die Wahrnehmung einer Dichotomisierung zwischen (freiem) Westen und andersartigem Osten⁷⁸ verfestigte sich auf beiden Seiten. Zugleich blieb jedoch jeder einzelne »Akteur« vielfach durch innere Konfliktlinien geprägt, wie sie sich in Ressortkonkurrenzen, der Konkurrenz von Regierung und Opposition oder in unterschiedlichen »nationalen Interessen« innerhalb von Bündnissen wie der NATO und schließlich in außenpolitischen Richtungswechseln zeigen.

2008–2013 – Konfrontation und Kooperation: Allem Anschein nach war das Jahr 2008 ein Wendepunkt in den Beziehungen Russlands zu den westlichen Staaten.⁷⁹ Auf den NATO-Gipfel Anfang August folgte unmittelbar ein kurzer Krieg in Georgien, in dem eine komplexe ethnische Gemengelage, typisch für die nachimperiale Situation, zur Eskalation führte. Das Selbstverständnis Russlands als »Schutzmacht« umfasste die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens⁸⁰ und war zugleich eine unverhüllte Drohung gegenüber Georgien und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Ähnlich interpretiert wurde von russischer Seite die Verdopplung der US-amerikanischen Militärausgaben zwischen 2000 und 2011, die indes vor allem mit den Kriegsführungen im Irak und in Afghanistan zusammenhingen.⁸¹

Die Destabilisierungen und Regimewechsel ab 2011 initiierten aber zugleich auch eine begrenzte Kooperation zwischen Russland und einzelnen NATO-Staaten, die abrupt in Konfrontationen umschlagen konnte. Bereits die Kriege in Syrien und Libyen wurden so zu Arenen hochgradig interna-

⁷⁷ Beissinger 2022, Kapitel 5.

⁷⁸ Vgl. Williams, Neumann 2000.

⁷⁹ Auf diese Frage konzentrieren sich jedenfalls die Einwände derer, die die langsame Zuspitzung des Konflikts mindestens teilweise auch der intransigenten Außenpolitik der USA zuschreiben. Darin treffen sich politische Beobachter wie Egon Bahr (1999), Klaus von Dohnanyi (2022), früher leitende Diplomaten wie Michael von der Schulenburg, militärische Berater wie Werner Richter (SWP) sowie sehr unterschiedlich orientierte Wissenschaftler wie John Mearsheimer und Jeffrey Sachs in den USA oder Johannes Varwick, August Pradetto und Bernd Greiner in Deutschland. Die These von der Vernachlässigung der Diplomatie wird von US-Diplomaten oberster (Burns 2019, S. 384–389) und unterer Ränge (Shackelford 2020) mit ihrer Kritik an der Militarisierung amerikanischer Außenpolitik implizit bestätigt.

⁸⁰ Vgl. Isachenko 2019.

⁸¹ SIPRI-Daten, Berechnung durch den Council of Foreign Relations; siehe Walker 2014.

tionalisierter Konflikte, in denen sich lokale, regionale und internationale Konfliktlinien überlagerten und gegenseitig verstärkten, sodass einfache Zurechnungen kaum mehr möglich schienen. Oberflächlich plausibel schien die Interpretation aller Vorgänge als »Geopolitik« von »Großmächten«. In dieser Phase prononcierte sich auch das Selbstverständnis der Regierung Putin, dass die Sicherheit des Staates nur vom eigenen Regime gewährleistet werden könne,⁸² mit entsprechender Repression in der Innenpolitik.

2014–2022 – Vom Konflikt zum Krieg: Mit dem Machtwechsel in der Ukraine und der Annexion der Krim-Halbinsel wurde seit 2014 fast jede außenpolitische Kommunikation zwischen den Regierungen der USA und Russlands Konfliktkommunikation. Die unmittelbare Vorphase des Krieges in der Ukraine hängt wiederum mit einem international mitbestimmten Regimewechsel zusammen. Die Maidan-Revolution 2014 und Abspaltung der »Volksrepubliken« im Osten waren zunächst ein Konflikt, der keiner auswärtigen Kontrolle unterlag, sondern offenbar auch eine inner-ukrainische Konfliktlinie ausdrückte. Sie begannen als Aufstand gegen oligarchische Herrschaft und gegen ein korruptes Regime und waren mehrheitlich nicht vom Verlangen nach politischer Freiheit getragen.⁸³ Die Aufsplittung in demokratische, nationalistische und irredentistische Bewegungen war eher ein Effekt der Ereignisse.

Die Abspaltungstendenzen wurden schnell aufgeladen durch mehr oder weniger verdeckte Unterstützungen durch die russische Regierung, die zunächst offenbar eher reagierte als agierte.⁸⁴ Neue Rüstungswettläufe und ausgreifende Militärkooperationen, sowohl der NATO wie Russlands, haben seit dem Regimewechsel in der Ukraine und der Annexion der Krim den Konflikt verfestigt und verstetigt.⁸⁵

In dieser Phase griff der Konflikt durch den Einsatz »hybrider« Mittel, gezielte mediale Begleitung und Unterstützung von Oppositionsgruppen im jeweils anderen Lager auch auf die innenpolitischen Arenen Russlands, der USA und Westeuropas über, mit entsprechenden selbstverstärkenden Effekten. Die dauerhafte US-Unterstützung des ukrainischen Militärs, sein von außen finanziertes Ausbau zur zweitgrößten Armee Europas mit 200.000 Mann, die seit 2014 stattfindenden gemeinsamen »Rapid Trident«-Manöver der USA und der Ukraine sowie die EU-Hilfe für eine Reform der Verwaltung ließen die russische Regierung übersehen, welches Ausmaß die nationalistische Mobilisierung und zunehmende Gegnerschaft in der ukrainischen Bevölkerung, besonders im Westen des Landes, bereits angenommen hatten.

82 Diesen Hinweis verdanke ich Daria Isachenko.

83 Vgl. Beissinger 2022, Kapitel 5.

84 Schneckener 2016.

85 Krienke 2019.

Die opake Beziehung zwischen den Präsidenten Putin und Trump entfremdete schließlich auch das liberale Milieu der USA von einem Kurs der *détente*. Internationale Beachtung und größere diplomatische Anstrengungen löste der fortlaufend Opfer kostende Krieg im Osten der Ukraine jedoch bis 2021 nicht aus, nachdem 2015 das Abkommen von Minsk geschlossen worden war. Mit der massiven Aufrüstung der Ukraine verschärften die USA indes das Sicherheitsdilemma.⁸⁶

Das Jahr 2021 mit seinen wechselseitigen Manövern erscheint im Rückblick wie eine typische Vorkriegsphase. In ihr dominierten bereits Eigendynamiken den Konflikt, getrieben durch Zuschreibungen von Ehre, Schuld, Schande und Bedrohung, die jeden Krieg begleiten und die der Grundstoff der Legitimitätsdiskurse aller Beteiligten sind. Diese Diskurse beziehen sich schon seit einigen Jahren im globalen Kriegsgeschehen fast ausschließlich auf humanitäre Normen und das bestehende Völkerrecht, während politische Programme jenseits etwa der »nationalen Selbstbestimmung« kaum noch anzutreffen sind.⁸⁷ Eine Besonderheit des Ukraine-Kriegs ist indes die Historisierung der kriegslegitimierenden Narrative, in denen sich nationalistische und imperiale Topoi mit selektiven historischen Bezügen verbinden.⁸⁸

3. Ausblick

Die hier vorgeschlagenen vier Bedingungskomplexe können die sozialwissenschaftliche Diskussion nur weiter öffnen. Sie lassen sich in vielfacher Hinsicht erweitern, modifizieren oder auch durch alternativ formulierte Bedingungskomplexe ersetzen. Die theoretische Absicht bliebe davon unberührt, nämlich die einfachen Erklärungsangebote der beiden dominanten Paradigmen im Fach der Internationalen Beziehungen – des Realismus und des Liberalismus – dialektisch aufzuheben.

Das Potenzial einer kritischen Perspektive ist mit den hier angeführten Kategorien und Argumenten auch noch nicht erschöpft. Nicht genutzt sind hier etwa Erklärungsmuster des kritischen Feminismus,⁸⁹ der auf die Beschränkungen traditioneller Rollenbilder und die Kritik des Heroischen verweisen würde. Tatsächlich erweist sich ja der Heroismus des Kontrolldenkens angesichts der realen Entwicklung des Krieges als besonders trügerisch. Diese wiederholte Erfahrung der Unkontrollierbarkeit militärischer Konflikte hat das »staatsmännische Denken«, das besonders den strategi-

⁸⁶ Vgl. Rudolf 2018.

⁸⁷ Vgl. Hensell, Schlichte 2021.

⁸⁸ Vgl. Schneckener 2016; Kappeler 2021.

⁸⁹ Vgl. Geva 2022.

schen Erwägungen des Realismus zugrunde liegt, bis heute unbeschadet überstanden. Zu zeigen, was durch die Erfahrung des Krieges in Afghanistan so offensichtlich schien und sich im laufenden Krieg erneut bewahrheitet, dass nämlich militärische Lösungen eben nicht kontrollierbar, sondern »aus der Zeit gefallen« sind, ist das geteilte Motiv kritischer Ansätze, die sich bewusst nicht auf Regierungsstandpunkte stellen.

Auch aus einer postkolonialen Perspektive könnten der Krieg und seine Genese gewinnbringend diskutiert werden. Dabei wären nicht so sehr die Parallelen zur Kolonialgeschichte interessant, sondern eher die Diskussion über die Frage, welche internationale Ordnung durch den Krieg eigentlich in welcher Weise verändert wird. Ganz offensichtlich sind die Antworten auf Fragen der internationalen Ordnung sehr standortabhängig.⁹⁰ Die nun behauptete neue Konfliktlinie zwischen »Demokratien« und »Autokratien« jedenfalls ist politisch gefährlich, denn sie droht wie der Ost-West-Konflikt lokale Konflikte aufzuladen und zu militarisieren. Die Effekte dieser alten Militarisierung lassen sich am Horn von Afrika, in Lateinamerika, in Afghanistan und im südlichen Afrika bis heute studieren.

Ein letztes Argument betrifft den Beitrag, den eine historisch-soziologische Perspektive auf den Krieg leisten kann, um die politische Debatte zu informieren. Was immer Putin denkt: Ein Soziologe ist er nicht. Großmachtdenken und militarisierte Außenpolitik sind Ausdruck soziologischer Ignoranz und politisch gefährlich. Denn nicht die kleinste Gefahr, die aus dem Krieg erwächst, besteht in der nun beobachtbaren Verbreitung eines zugleich pathologisierenden und machtpolitischen Denkens in verdinglichenden Begriffen der Nation und der internationalen Konkurrenz bei allen Konfliktparteien. Der russische Angriffskrieg ist sicher ein Versuch, das westliche »hegemonic ordering«⁹¹ herauszufordern beziehungsweise »den Kurs der USA [...] auf totale Dominanz in der internationalen Arena zu beenden«, so Außenminister Lawrow.⁹² Das erklärt auch die Heftigkeit der Reaktionen im Westen und die Indolenz in vielen nichthegemonalen Staaten.

Der von der Regierung Putin produzierten binären Logik folgen inzwischen auch seine Gegner. So stark sind die strukturierenden Effekte des Krieges. Die Sozialwissenschaften sollten aber nicht dem Diskurs Vorschub leisten, dass militärische Sicherheit in einer multipolaren Welt das größte Problem der internationalen Politik sei – nicht solange 800 Millionen Menschen unterernährt sind.

90 Vgl. Bilgin 2019.

91 Neson, Neumann 2017.

92 TASS 2022.

Literatur

- Abbott, Andrew 2019. *Prozessuales Denken. Reflexionen über Weber und Marx*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Adams, Walter 1969. »The Military-Industrial Complex and the New Industrial State«, in *The American Economic Review* 58, 2, S. 652–665.
- Adams, Gordon; Murray, Shoon, Hrsg. 2018. *Mission Creep: The Militarization of US Foreign Policy?* Washington: Georgetown University Press.
- Alexijewitsch, Swetlana 2015. *Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Aron, Raymond 1973. *République impériale. Les États-Unis dans le monde, 1945–1972*. Paris: Calmann-Lévy.
- Baberowski, Jörg 2012. *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*. München: C. H. Beck.
- Bahr, Egon 1999. *Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und deutscher Außenpolitik*. München: Blessing.
- Bakonyi, Jutta; Hensell, Stephan, Hrsg. 2007. *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen*. Baden-Baden: Nomos.
- Balandier, Georges 2007. »Préface«, in *La situation post-coloniale. Les postcolonial studies dans le débat français*, hrsg. v. Smouts, Marie-Claude, S. 17–24. Paris: Presse des Sciences Po.
- Bayart, Jean-François 2004. *Le gouvernement du monde. Une critique politique de la globalisation*. Paris: Fayard.
- Beissinger, Mark 2022. *The Revolutionary City: Urbanization and the Global Transformation of Rebellion*. Princeton: Princeton University Press.
- Bilgin, Pinar 2019. »Thinking About International Order. Inquiring Into Other Conceptions of the International«, in *Theorizing Global Order*, hrsg. v. Hellmann, Gunther, S. 85–102. Frankfurt a. M.: Campus.
- Bloch, Ernst 1985 [1932]. *Erbschaft dieser Zeit*. Erweiterte Ausgabe. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Braml, Josef 2017. »Militärisch-industrieller Komplex«, in *Die Außenpolitik der USA*, hrsg. v. Jäger, Thomas, S. 85–102 Wiesbaden: Springer VS.
- Burns, William 2017. *The Putin Files: William Burns*. www.youtube.com/watch?v=iP8BfC1e0Ug (Zugriff vom 24.05.2022).
- Burns, William 2019. *The Back Channel. American Diplomacy in a Disordered World*. London: Hurst.
- Busse, Nikolaus 2022. »Die Ukraine braucht vor allem Waffen«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. April 2022. www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-und-eu-sanktionen-die-ukraine-braucht-waffen-17937466.html (Zugriff vom 06.04.2022).
- Chevsky, Ammon; Kachuyevski, Angela 2018. »The Russian-Speaking Populations in the Post-Soviet Space: Language, Politics and Identity«, in *Europe-Asia Studies* 71, 1, S. 1–23.
- Czada, Roland 2022. »Realismus im Aufwind? Außen- und Sicherheitspolitik in der ›Zeitenwende‹«, in *Leviathan* 50, 2, S. 216–238.
- Department of Defence 2022. *Military One Source*. Department of Defense (DoD), Office of the Deputy Assistant Secretary of Defense for Military Community and Family Policy (ODASD-MC&FP), 2021. www.militaryonesource.mil/media/who-we-are/leadership/ (Zugriff vom 09.01.2022).
- Der Derian, James 2009. *Virtuous War. Mapping the Military-Industrial-Media-Entertainment Network*. London: Routledge.
- Devin, Guillaume 1995. »Norbert Elias et l'analyse des relations internationales«, in *Revue française de science politique* 45, 2, S. 305–325.
- Elias, Norbert 1988. *Die Gesellschaft der Individuen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Elias, Norbert; Scotson, John L. 2000 [1965]. *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gaufman, Lisa 2017. *Security Threats and Public Perception: Digital Russia and the Ukraine Crisis*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Geva, Dorit 2022. *Militär und Familie. Eine andere Geschichte der modernen Staatlichkeit.* Hamburg: Hamburger Edition.
- Glukhovsky, Dmitry 2022. »Das ist ein Krieg, in dem die Bevölkerung nur verlieren kann. Interview mit Dmitry Glukhovsky, Pawel Merslikin«, in *Dekoder* vom 3. Mai 2022. www.dekoder.org/de/article/glukhovsky-krieg-ukraine-verantwortung-gesellschaft (Zugriff vom 12.05.2022).
- Gudkov, Lev 2008. »Staat ohne Gesellschaft: Zur autoritären Herrschaftstechnologie in Russland«, in *Osteuropa* 58, 1, S. 3–16.
- Hameiri, Shahar; Jones, Lee; Heathershaw, John 2019. »Reframing the Rising Powers Debate: State Transformation and Foreign Policy«, in *Third World Quarterly* 40, 8, S. 1397–1414.
- Hartung, William 2022. *Pathways to Pentagon Spending Reductions: Removing the Obstacles.* Quincy Brief No. 20. New York: Quincy Institute for Responsible Statecraft. <https://quincyinst.org/wp-content/uploads/2022/03/QUINCY-BRIEF-NO.-21-MARCH-2022-HARTUNG-1.pdf> (Zugriff vom 24.05.2022).
- Heinemann-Grüder, Andreas 2019. »Geiselnehmer oder Retter des Staates? Irreguläre Bataillone in der Ukraine«, in *Osteuropa* 69, 3–4, S. 51–80.
- Hensell, Stephan 2009. *Die Willkür des Staates. Herrschaft und Verwaltung in Osteuropa.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hensell, Stephan; Schlichte, Klaus 2021. »The Historical Mapping of Armed Groups Recognition«, in *Armed Non-State Actors and the Politics of Recognition*, hrsg. v. Clément, Maéva; Geis, Anna; Pfeiffer, Hannah, S. 30–46. Manchester: Manchester University Press.
- Hoebel, Thomas; Knöbl, Wolfgang 2019. *Plädoyer für eine entdeckende Soziologie.* Hamburg: Hamburger Edition.
- Hoppe, Sebastian 2021. »Internationale Historische Soziologie und historische Sozialwissenschaft in den deutschen und anglo-amerikanischen IB«, in *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 21, 1, S. 35–67.
- IISS (International Institute for Strategic Studies) 2022. *The Military Balance.* London: Taylor & Francis.
- Isachenko, Daria 2012. *The Making of Informal States. Statebuilding in Northern Cyprus and Transnistria.* London: Routledge.
- Isachenko, Daria 2019. »Coordination and Control in Russia's Foreign Policy: Travails of Putin's Curators in the Near Abroad«, in *Third World Quarterly* 40, 8, S. 1479–1495.
- Jervis, Robert 2001. »Was the Cold War a Security Dilemma?«, in *Journal of Cold War Studies* 3, 1, S. 36–60.
- Jung, Dietrich; Schlichte, Klaus; Siegelberg, Jens 2003. *Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt 1945–2002.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kappeler, Andreas 2021. »Revisionismus und Drohungen. Vladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern«, in *Osteuropa* 71, 7, S. 67–76.
- Karadag, Roy; Schlichte, Klaus 2016. »Die Verunsicherung der Welt. Aktuelle Gewaltkonflikte und globale Ordnung«, in *Politische Vierteljahrsschrift* 57, 4, S. 534–559.
- Kehr, Eckart 1930. *Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894–1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus.* Berlin: Ebering.
- Kleinschmidt, Harald 2013. *Geschichte des Völkerrechts in Krieg und Frieden.* Tübingen: Francke.
- Knöbl, Wolfgang; Schmidt, Gunnar 2000. *Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne.* Frankfurt a. M.: Fischer.
- Kollmer, Dieter H. 2015. »Einleitung: Militärisch-Industrielle Komplexe vs. Rüstungsinterventionismus. Rüstung in Europa und Nordamerika nach 1945 im Vergleich«, in *Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg*, hrsg. v. Kollmer, Dieter H., S. 1–28. Freiburg: Rombach.
- Krienke, Nina 2019. »Ausgang aus der Gemunkelzone. Der Einfluss des Westens in der Ukraine«, in *Osteuropa* 69, 3–4, S. 193–210.

- Ladwig, Bernd 2022. »Realisten und ›Realisten‹: Eine Replik auf Roland Czada«, in *Leviathan* 50, 3, S. 381–394.
- Loth, Wilfried 1980. *Die Teilung der Welt, 1941–1955*. München: dtv.
- Luhmann, Niklas 1993. »Was ist der Fall?« und »Was steckt dahinter?« Die zwei Soziologien und die Gesellschaftstheorie«, in *Zeitschrift für Soziologie* 22, 4, S. 245–260.
- Luzin, Pavel 2019. *The Inner Workings of Russia's Military Industrial Behemoth*. www.rid.l.io/en/the-inner-workings-of-russia-s-military-industrial-behemoth/ (Zugriff vom 03.09.2019).
- Martynenko, Elena V.; Parkhitko, Nickolay P. 2018. »Implementation of the Russian State Armaments Program 2011–2020: Economic and Financial Analysis«, in *European Research Studies Journal* 21, 2, S. 506–517.
- Mearsheimer, John 2015. *Why Is Ukraine the West's Fault?* www.youtube.com/watch?v=JrMiSQAGOS4 (Zugriff vom 20.04.2022).
- Mearsheimer, John 2022. *The Causes and Consequences of the Ukraine War*. www.eui.eu/news-hub?id=john-mearsheimers-lecture-on-the-causes-and-consequences-of-the-ukraine-war (Zugriff vom 03.07.2022).
- Mills, C. Wright 1956. *The Power Elite*. New York: Oxford University Press.
- Motyl, Alexander 2022. *The US Never Considered Ukraine a Vital Interest, until Putin's Ambitions Changed That*. https://theconversation.com/the-us-never-considered-ukraine-a-vital-interest-until-putins-ambitions-changed-that-181416 (Zugriff vom 28.06.2022).
- Mueller, John 1996. *The Obsolescence of Major War*. New York: Basic Books.
- Nexon, Daniel H.; Neumann, Iver 2017. »Hegemonic Order-theory: A Field-theoretic Account«, in *European Journal of International Relations* 24, 1, S. 6–27.
- Nullmeier, Frank 2021. *Kausale Mechanismen und Process Tracing. Perspektiven der qualitativen Forschung*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Plaggenborg, Stefan 2006. *Experiment Moderne. Der sowjetische Weg*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Osterhammel, Jürgen 2006. »Imperien im 20. Jahrhundert: eine Einführung«, in *Zeithistorische Forschungen* 3, S. 4–13.
- Raedle, Joe 2007. »Defense Has More Musicians than State Has Diplomats«, in *Foreign Policy* vom 17. Juli 2007. https://foreignpolicy.com/2007/07/17/defense-has-more-musicians-than-state-has-diplomats/ (Zugriff vom 08.05.2022).
- Reckwitz, Andreas 2019. *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas; Schlichte, Klaus 2013. »Subjekttheorie und politische Herrschaft in der internationalen Politik. Eine heuristische Skizze«, in *Ordnung und Wandel in der Weltpolitik. Konturen einer Soziologie der Internationalen Beziehungen. Leviathan-Sonderheft* 28, hrsg. v. Stetter, Stephan, S. 107–124. Baden-Baden: Nomos.
- Risse, Thomas; Stollenwerk, Eric 2018. »Limited Statehood Does Not Equal Civil War«, in *Daedalus* 147, 1, S. 104–115.
- Rudolf, Peter 2018. *US-Geopolitik und nukleare Abschreckung in der Ära neuer Großmachtrivalitäten*. SWP-Studie 2018/S 06. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Schlichte, Klaus 2009. *In the Shadow of Violence. The Politics of Armed Groups*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Schlichte, Klaus 2014. »When Facts Become a Text. Reinterpreting War with Serbian Veterans«, in *Revue de Synthèse* 135, 4, S. 361–384.
- Schlichte, Klaus; Stetter, Stephan. Hrsg. 2022. *The Historicity of International Politics. Imperialism and the Presence of the Past*. Cambridge: Cambridge University Press (im Erscheinen).
- Schneckener, Ulrich 2016. »Hybrider Krieg in Zeiten der Geopolitik? Zur Deutung und Charakterisierung des Donbass-Konflikts«, in *Politische Vierteljahresschrift* 57, 4, S. 586–613.
- Sewell, William Hamilton 2005. *Logics of History. Social Theory and Social Transformation*. Chicago: University of Chicago Press.
- Shackelford, Elizabeth 2020. *The Dissent Channel. American Diplomacy in a Dishonest Age*. New York: Public Affairs.

- Siegelberg, Jens 1994. *Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft*. Münster, Hamburg: LIT Verlag.
- Snegovaya, Maria; Petrov, Kirill 2022. »Long Soviet Shadows: The Nomenklatura Ties of Putin Elites«, in *Post Soviet Affairs*. Online first. DOI: 10.1080/1060586X.2022.2062657.
- Soifer, Hillel David 2012. »The Causal Logic of Critical Junctures«, in *Comparative Political Studies* 45, 12, S. 1572–1597.
- Spidsboel Hansen, Flemming 2016. »Russia's Relations with the West: Ontological Security through Conflict«, in *Contemporary Politics* 22, 3, S. 359–375.
- TASS 2022. *Russian Special Operation Aims to End US' Course Towards Total Domination – Lavrov*, 11. April 2022. <https://tass.com/politics/1435849> (Zugriff vom 10. Juni 2022).
- Traynor, Ian 2004. »US Campaign Behind the Turmoil in Kiev«, in *The Guardian* vom 26. November 2004. www.theguardian.com/world/2004/nov/26/ukraine.usa (Zugriff vom 14.05.2022).
- Trenin, Dimitri 2009. »Russia's Sphere of Interest, not Influence«, in *Washington Quarterly* 32, 4, S. 3–22.
- Tsygankov, Andrei P. 2016. *Russia's Foreign Policy. Change and Continuity in National Identity*. 4. Auflage. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Volkov, Vadim 2000. »Gewaltunternehmer im postkommunistischen Russland«, in *Leviathan* 28, 2, S. 173–191.
- Volkov, Vadim 2006. *Violent Entrepreneurship in Post-Soviet Russia*. Ithaca: Cornell University Press.
- von Dohnanyi, Klaus 2022. *Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche*. München: Siedler.
- von Trotha, Trutz 1997. »Zur Soziologie der Gewalt«, in *Soziologie der Gewalt*. Sonderheft 37 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, hrsg. v. von Trotha, Trutz, S. 9–56. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Walker, Dinah 2014. *Trends in U.S. Military Spending*. New York: Council of Foreign Relations. Maurice R. Greenberg Center for Geoeconomic Studies. https://files.cfr.org/sites/default/files/pdf/2012/08/Trends%20in%20US%20Military%20Spending%202014_final.pdf (Zugriff vom 18.04.2022).
- Wauthier, Claude 1995. *Quatre présidents et l'Afrique. De Gaulle, Pompidou, Giscard d'Estaing, Mitterrand*. Paris: Seuil.
- Weber, Cynthia 2013. *International Relations Theory: A Critical Introduction*. 4. Auflage. London: Routledge.
- Weber, Max 1988 [1906]. »Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland«, in *Max Weber: Gesammelte Politische Schriften*, S. 33–68. 5. Auflage. Tübingen: Mohr.
- Weber, Max 1985. *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. 5. Auflage. Tübingen: Mohr.
- Williams, Michael C.; Neumann, Iver B. 2000. »From Alliance to Security Community: NATO, Russia, and the Power of Identity«, in *Millennium* 29, 2, S. 357–387.
- Zürn, Michael 2018. *A Theory of Global Governance: Authority, Legitimacy, and Contestation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Zygar, Mikhail 2016. *All the Kremlin's Men. Inside the Court of Vladimir Putin*. New York: Public Affairs.

Zusammenfassung: Im Unterschied zu allen anderen Kriegen der Gegenwart hat der Angriff Russlands auf die Ukraine zahlreiche moralische und politische Statements von Wissenschaftler*innen im Fach der Internationalen Beziehungen hervorgerufen. Realistische wie liberale Ansätze deduzieren dabei Erklärungen eher aus ihrem Theoriebestand, als sie aus dem Material zu entwickeln. Der Beitrag schlägt stattdessen eine kritisch-analytische Herangehensweise aus der Perspektive einer historischen politischen Soziologie vor. Während es vor dem Hintergrund der zugänglichen Quellen schwierig ist, den ursächlichen Prozess dieses Krieges genau zu bestimmen, wird versucht, vier Bedingungskomplexe dieses Prozesses zu benennen. Sie berücksichtigen sowohl die geschichtlichen Strukturierungen wie das eigentliche Konflikthandeln. Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen und der postimperiale Habitus der politischen Klasse Russlands sind solche strukturierenden Komplexe des Prozesses, während die asymmetrische Figuration Russlands, der Ukraine und der USA sowie das Konflikthandeln im engeren Sinne dynamisierende Bedingungen des Prozesses sind. Der Beitrag schließt mit einem kritischen Ausblick auf die weitere Interpretation des Konflikts und ihre möglichen Effekte auf Krieg und Frieden.

Stichworte: Krieg, Gewalt, Russland, Ukraine, Theorie der internationalen Beziehungen, historische politische Soziologie, Prozess-Soziologie, Internationale Beziehungen

3 x Ukraine: A Political Sociology of the War of Aggression

Summary: Unlike all other contemporary wars, Russia's attack on Ukraine has provoked numerous moral and political statements from scholars of international relations. Realist as well as liberal approaches deduce explanations for this war from theory rather than to develop them by analyzing empirical material. This article proposes instead a critical-analytical approach from the perspective of a historical political sociology. While it is difficult to make precise statements about the causation of this war given the dearth of sources, this article attempts to identify four conditional complexes of this process. They take into account both the historical structuring and the actual conflict actions. The simultaneity of the non-simultaneous and the post-imperial habitus of Russia's political class are such structuring complexes of the process. The asymmetric figuration of Russia, Ukraine and the US as well as the actual conflict behaviour are dynamizing conditions of the process. The article concludes with a critical outlook on further interpretations of the conflict and their possible repercussions for war and peace.

Keywords: war, violence, Russia, Ukraine, theory of international relations, historical sociology, sociology of processes, international politics

Autor

Klaus Schlichte
 Universität Bremen
 Institut für Internationale und Interkulturelle Studien
 Mary-Somerville-Str. 7
 28359 Bremen
 Deutschland
 klaus.schlichte@uni-bremen.de